

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1921 Nr. 364 für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 214

Bezugspreis: für Halle und umliegende Bezirke monatlich M. 2.40, vierteljährlich M. 7.20, halbjährlich M. 13.50, jährlich M. 26.00. Druck und Post bezogen jährlich postal. Zeitungsakt. **Morgen-Ausgabe** Anzeigenpreis: Die Sp. 34 mm breit mm-Standard 00 4. Die Sp. 90 mm breit mm-Standard 000 A. Abon. nach Curt. Zeitungsact Halle-Saal. **Geschäftsstelle Halle-Saal:** Leipziger Straße 61/62. Fernruf Central 7801. **Geschäftsstelle Berlin:** Bernburger Str. 80. Fernruf Am Kurfürst Str. 6200. **Externe Berliner Schriftleitung:** — Verla. n. Dr. v. Otto Uhle. Halle-Saal. **Donnerstag, 11. August**

Ein verlorener Tag

Der Oberste Rat setzte die Oberschlesienberatungen aus, da die Sachverständigen zu keiner Einigung gelangten — Die Anstrengung der Entente, ein Kompromiß herbeizuführen

Kompromißstimmung?

Wie der „Daily Telegraph“ meldet, hätte die internationale Spannung wegen Oberschlesien beträchtlich nachgelassen. Das Blatt erklärt, daß ein Kompromiß auf der Grundlage der Preisgabe des Grundbesitzes der Unteilbarkeit des ober-schlesischen Industriebezirks gefunden werden könne. Offiziös liegt dafür jedoch kein Anzeichen vor. Es sei aber Tatsache, daß jetzt sowohl auf englischer, als auch auf französischer Seite Neigung dazu vorhanden wäre, eine Grenzlinie, die das unteilbare Gebiet durchschneidet, in Erwägung zu ziehen. Wenn dies auch nicht die beste Lösung wäre, so wäre es doch die beste. Die „Daily Mail“ behauptet, der durch den englischen und französischen und den italienischen Oberkommissar vermittelte Sachverständigenausschuß wäre zu gut wie angeordnet worden, eine Erklärung des unteilbaren Industriebezirks zwischen Westfalen und Skottland zwischen Polen und Deutschland vorzuschlagen. Der diplomatische Vertreter der (Lord George nachsehenden) „Daily Chronicle“ meldet aus Paris, die Sachverständigen hätten sich bereits an die Festlegung einer neuen Grenzlinie gemacht, die von Norden nach Süden statt von Osten nach Westen verlief. England müsse in dem Industriebezirk Polen an Polen überlassen und Frankreich dasjenige Teil des neuen unteilbaren Gebietes von Westfalen und Skottland Deutschland zuerlassen. Ein Punkt, der Erwähnung gemacht habe, sei, daß in etwa 15 Jahren das Industriegebiet wahrscheinlich von viel geringerem wirtschaftlichen Wert sein werde, während der nicht-angebaute ländliche Bezirk entsprechend im Werte steigen werde. „Wall Mail und Globe“ schreiben: Wenn der Oberste Rat den Deutschen Gestattungen nur deshalb verweigern sollte, weil sie Deutsche seien, dann würde er einen neuen großen Konflikt heraufbeschwören. Die Rechtfertigung des polnischen Erfolges ist eine Verdrehung der allgemeinen Fiktion. Der polnische Erfolg darf nicht nach dem Scheitern in Oberschlesien erklärt werden, auf die die Polen kein Recht hätten.

In Frankreich haben die Ausführungen des englischen Premieres mit einer kalten Wassertracht gemittelt, obwohl die Pariser Morgenblätter fast durchweg an eine Einigung glauben. So sagt Bertin in „Echo de Paris“, der gefürchtete Lord George habe begonnen, was aber nicht bedeute, daß er schlicht genötigt habe. Lord George habe in seiner Rede die Eigenbrötelerei (extravagances) und historischen Theorien wieder vorgebracht, die seine berühmte Rede vom 18. Mai ausgemittelt hätten. Bertin findet die Rede des Ministerpräsidenten Briand schwach und erklärt, die drei in Lord Georges Vorlesung für die Arbeiter der Sachverständigen enthaltenen Grundgedanken seien von Briand nicht reflexion angenommen worden. An dieser Stelle schaltet Bertin eine Episode ein: Da Briand entschlossen war, nachzugeben, hätte er seinem englischen Kollegen erklärt, daß die von diesem gesprochenen Worte die französischen Kreise nicht dazu bringen würden, sich geblühlich zu zeigen. Man dachte infolgedessen daran, die Worte Lord Georges aus der Welt zu schaffen. Lord Ribbentrop, der mit dem Präsidenten beauftragt ist, hatte jedoch den Korrespondenten bereits das Wesentliche der Mitteilung mitgeteilt. Das französische Außenministerium habe offiziell erklärt, daß der von Lord Ribbentrop mitgeteilte Text der Rede nicht wortgetreu wäre. Bertin hat aber, daß der Quai d'Orsay sich wohl hüten werde, den wortgetreuen Text zu veröffentlichen. Er erklärt ferner, daß während des Besuchs Briand in London und Lord Georges das Kompromiß vereinbart wurde, Lord George bestimme nicht mehr darauf, daß das Industriegebiet unteilbar wäre, sondern er bilige nunmehr eine Teilung. Und das sei eine Teilung der Löwenhaut, womit Briand sich zufrieden geben müßte, weil er erklärt hätte, daß man wegen Oberschlesien und wegen Polen die Entente cordiale nicht brechen könnte. In der Frage der Verteilung habe General Le Rond den französischen Standpunkt aufrecht erhalten. Aber was nütze dies alles, da die Deutschen zum größten Teile Befriedigung erlangen (?) würden. Die Forderungen des Generals Le Rond seien also ins Vereinstanzen. In der Angelegenheit der Verteilungen habe man der 14 Nationen in Berlin erzählt, daß in London ein einseitiger Vertrag geschlossen sei. Er schließt mit der Frage, ob das eine französische Politik? „Welt-Berichten“ schreibt, zum ersten Male habe man den Weg eingeschlagen, der sich zu einem Abkommen führen werde. Das Do-ma, das von britischer Seite verteidigt wurde,

habe darin bestanden, daß das ober-schlesische Industriegebiet unteilbar sei. Dieses Do-ma habe Lord George in seiner Rede, deren Inhalt vollständig richtig gewesen sei als ihre Form, aufgegeben. (2) „Welt Journal“ sagt, das Industriegebiet sei die Festung der englischen Politik gewesen. Man habe Grundzüge angenommen, die dazu führen würden, daß eine gewisse Anzahl von kleinen natürlichen Bezirken geschaffen werde, die zum Teil Deutschland und zum Teil Polen zugehörig würden. Die Lösung, die man voraussetze, näherte sich also dem Vorschlage des Grafen Sforza.

Die Orientfrage im Obersten Rat

Paris, 10. August. Ministerpräsident Briand verhandelte vormittags mit dem belgischen Minister des Auswärtigen Jasspar und dem Vertreter der Regierung von Jugoslawien, Velje Sami Velje. Seine vormittags letzte der Oberste Rat die Besprechung der im Orient zu beobachtenden Neutralität fort und nahm einstimmig folgende Entscheidung an: Die Verhandlungsmächte beschließen, ihre Haltung strengster Neutralität im griechisch-türkischen Streit beizubehalten, das heißt, die Verhandlungen sind einzig mit feiner Befriedigung irgendwelcher Art in den Kampf eingegriffen, als es sich um Truppen- oder Waffenlieferungen handelt oder um Gewährung von Krediten.

Dazu bemerkt die Sabosagentur: Diese Entscheidung ist hauptsächlich nicht zu aufzufassen, daß sie zugunsten der Freiheit des griechischen Handels (die einträchtigen könnte, wie diese nach der derzeitigen Lage gestellt ist. Es geht vielmehr aus dem Vorlauf der Entscheidung hervor, daß allerdings die Verhandlungen zwischen den Kriegführenden in ihrer Eigenart als Verhandlung unerschütterlich bleiben, das heißt, die Neutralität nach wie vor das Recht haben, auch fernhin in den Kriegen wie den Türken Kriegsmaterial zu liefern.

Der Oberste Rat erörterte die Frage der Freiheit der Meere. Man beschwerte sich englischerseits, daß die Türken im Bosporus von den Polikessiten mit Waffen versorgt werden. Es wurde daher verlangt, daß auch die Griechen ihrerseits den Bosporus für ihre Operationen benutzen dürfen. Im Gegen-satz zu dieser Auffassung erklärte der französische Vertreter, es sei sehr wichtig, daß keinerlei Verhandlung im Bosporus zur Aus-führung komme. Es wird ein gemeinsamer Schritt der Verbands-regierungen bei beiden Kriegführenden unternommen, um die Freiheit der Meere zu sichern. Nach der Regelung dieser Frage erörterte der Oberste Rat die Möglichkeit einer Vermittlung. Auch hier wurde eine vollständige Zustimmung erzielt und folgende Entscheidung angenommen: Die Verbands-regierungen behalten sich jede Möglichkeit vor, ihre guten Dienste als Vermittler anzubieten, sind aber der Ansicht, daß die Stunde noch nicht gekommen ist, um mit einem günstigen Erfolg eines derartigen Schrittes zu rechnen.

Meinungsverschiedenheiten der Sachverständigen

Da der Sachverständigenausschuß die Frage der Grenzregulierung für Oberschlesien vor heute abend gegen 7 Uhr nicht beendet haben wird, wird in der Nachmittags-sitzung des Obersten Rates über eine andere als die ober-schlesische Frage verhandelt.

Wie Sabos meldet, nimmt Minister Doumergue jetzt auch an den Beratungen des Sachverständigenausschusses teil, der über die ober-schlesische Frage berät. Er möchte der heutigen Nachmittags-sitzung bei.

Der diplomatische Vertreter des „Daily Telegraph“ schreibt, die englischen Sachverständigen hätten an der Verteilung der Provinz, die Polen neben Belgien und Skottland mit einem geringen Teil des Industrie-gebietes im Nordwesten anweist, noch weitergehende Vorschläge beizubehalten, die den Verlust darstellten, Polen für den Verlust des neuen Industriebezirks an ent-schiedenen durch Abtretung eines beträchtlichen Gebiets im Norden um Lublin herum und eines weiteren Gebiets im Nordwesten von Sandomir. Als Beweis für die wenig logische Haltung der französischen Sachverständigen führt der Berichterstatter an, daß bei den vorläufigen Besprechungen die französischen Sach-verständigen soweit gingen, vorzuschlagen, daß England Polen einen großen Teil des Industrie-gebiets aufnehme, wofür Frankreich an Deutsch-land einen großen Teil der Provinz Sandomir überlassen würde. Die Engländer vollkommen bereit waren, gegen polnische Bevölkerung Polen auszuweisen. Wenn dieses Kompromiß aufstünde käme, so würde der Erfolg der sein, daß Polen eine geringere polnische Bevölkerung erhalten hätte, als England ihm zu neben bereit war.

Die „Sanktionen“ am Rhein eine Dauereinrichtung?

Die deutsche und die ausländische Öffentlichkeit wird jetzt mit Fragen bedrückender Art bedrängt, so daß die Gefahr besteht, daß wichtige, das Lebensinteresse Deutschlands betreffende Probleme langsam in den Hintergrund gedrängt werden. Das trifft vor allem auf die Frage der „Sanktionen“ zu. Seit Monaten kämpft die rheinische Bevölkerung und das ganze deutsche Volk gegen die unge-rechtfertigten Maßnahmen der Entente am Rhein. Das rheinische Wirtschaftsleben steht vor immer größeren Schwierigkeiten und droht in Kürze gänzlich zu erliegen. Die Berichte der rheinischen Wirtschaftskreise, besonders der rheinischen Handelskammern, geben dabei erschütternde Beweise. Ihre Schreie nach Aufhebung der erdrückenden Zwangsmaßnahmen sind wochenlang durch die deutsche Presse gegangen. In letzter Zeit finden sie leider nur noch geringeren Widerhall, obwohl sie immer erneut mit der Kraft der Wirklichkeit ausgepflohen werden. Der Grund, daß diese Rufe nicht mehr so deutlich gehört und berücksichtig werden, liegt nahe: Die Öffentlichkeit wird durch andere schwerwiegende Probleme in Frage und gehalten.

Trotzdem muß die „Sanktionen“-Frage auch weiterhin die größte Beachtung der deutschen Presse und des deutschen Volkes entgegengebracht werden. Es darf nicht außer acht gelassen werden, daß bei Aufrechterhaltung der „Sanktionen“ nicht nur das rheinische Wirtschaftsleben, sondern das gesamte deutsche Wirtschaftsleben auf das schwerste erschüttert werden müßte. Dabei darf nicht vergessen werden, daß das Verschwinden der Rost-freie aus dem Rheinland nach Aufhebung der „Sanktionen“ im Interesse Frankreichs liegt, dessen Streben dahin geht, die „Sanktionen“ am Rhein zu einer Dauereinrichtung zu gestalten. Es ist wiederholt und übereinstimmend darauf hingewiesen worden, daß alle Anzeichen den Erfolg ausweisen, Frankreich richtet sich rechts und links des Rheins hauptsächlich ein und erzieht die vollständige Auflösung der Rheinland- und deutschen Wirtschaftskreise. Neuerungen mangelnder französischer Wirtschaftspolitik, wie sie in der französischen Handelskammer für das besetzte Gebiet vereinigt sind, und die Pläne des Präsidenten der Rheinlandkommission, Litard, weisen nur zu deutlich darauf hin, daß diese Kreise in Verbindung mit den französischen Militärkreisen und An-zeigerkreisen sich die erforderliche Mühe geben, die Aufhebung der „Sanktionen“ zu verhindern.

Diese Tatsache erhält ihre Bestätigung noch dadurch, daß es als sehr fraglich gelten muß, ob die „Sanktionen“-Frage auf der Konferenz des Obersten Rates in Paris zur Sprache kommen wird. Frankreich muß jedenfalls keine Anstalten, diese Frage zur Erörterung zu stellen; die Mel-dungen der französischen Presse lassen vielmehr die Wahr-scheinlichkeit erkennen, Frankreich werde einen Versuch un-England, diese Frage auf der Konferenz zu behandeln, dadurch verhindern, daß die übrigen, zur Besprechung stehenden Programmpunkte so ausgedehnt erörtert werden, daß zur Behandlung der Sanktionenfrage keine Zeit mehr übrig bleiben wird.

England hat durch seine Staatsmänner wiederholt zum Ausdruck bringen lassen, daß für ein Fortbleiben der Zwangsmaßnahmen am Rhein keinerlei Voraussetzungen mehr bestehen, nachdem Deutschland seinen guten Willen zur Erfüllung der Ultimatumbedingungen bewiesen hat. Die englischen Wirtschaftskreise sind weiterhin davon überzeugt, daß durch die Fortsetzung der rheinischen Wirtschaft eine ein- und einseitige Beschränkung Deutschlands überaus eintreten muß und dadurch die Erfüllung der durch Deutschland über-nommenen Verpflichtungen in Frage gestellt werden würde. Alle diese wirtschaftlichen Wirkungen sind natürlich auch in Frankreich bekannt; trotzdem bewegen die führenden fran-zösischen Politiker in der Behandlung dieser Fragen die größte Gleichgültigkeit, um nur ihre eigentlichen politi-schen Ziele verfolgen zu können.

Weber die Franzosierungsbefreiungen im Rheinland ist bereits viel geschrieben worden; die französische Propaganda hat jedoch auf die rheinische Bevölkerung keinerlei Eindruck machen können, da sie fast und unerklärlich zum Deutschen stehen. Nur diesem Wege wird Frankreich alle dem Weiche steht. Nur diesem Wege wird Frankreich alle dem Weiche steht. Nur diesem Wege wird Frankreich alle dem Weiche steht. Nur diesem Wege wird Frankreich alle dem Weiche steht.

deno die Wirtshausen aus der Produktion nur um rund 60 Prozent steigen ließen. Die Unternehmen zeigten im letzten Rechnungsjahre 13 257 700 (1779 727) Mark an Dividenden; das bedeutet eine durchschnittliche Bereinigung des Bilanzkapitals mit 18 Prozent, gegenüber 6 Prozent im Vorjahr vor dem Krieg. Die Rücklagen dieser Gesellschaften betragen 25 (18) Prozent des Grundkapitals.

Veränderung der Wechselkurse. Nach Art. 201 des Friedensvertrages steht in dem Punkte, daß eine der für den Geldverkehr vorgeschriebenen Währungen zum Austausch der Reichsmarkung während des Krieges abgeben zu dürfen, die infolgedessen eine dieser Währungen bestimmt hat, das Recht zu, die Währungen dieser Währungen, welche mindestens drei Monate seit Inkrafttreten des Friedensvertrages bestanden, das Recht dieser Währungsform vor dem 1. August 1921 festzusetzen. Durch eine Verordnung der Reichsregierung vom 2. August ist fest, wie die „R. M.“ hören, die Währungen zum 10. November d. J. verändert. Bis zu diesem Tage können also die bezeichneten Währungen, um Wechselkurse, die infolge des Krieges vermindert worden sind, nachgeholt werden.

Reichs- und Provinzialbank. Mit einem Grundkapital von 800000 Mark wurde in Greiz eine Gesellschaft zur Herstellung und zum Verkauf von Glas- und Porzellanwaren gegründet. Der Geschäftsbereich der Gesellschaft erstreckt sich auf den Verkauf von Glas- und Porzellanwaren. Die Gesellschaft ist als ein Unternehmen der Reichs- und Provinzialbank gegründet. Die Reichs- und Provinzialbank ist ein Unternehmen der Reichs- und Provinzialbank.

Berliner Borsenberichte. Geld und Wechselmarkt. Tägliches Geld bleibt auf 4 1/2 Prozent erhöht. Fremdbankwechseln berechneten um 1/2 Prozent. Der Wechselmarkt, der gestern auf 1 1/2 bis 1 1/4 Prozent, wurde nunmehr auf 1 1/2 bis 1 1/4 Prozent, London 205 1/2, New York 20 1/2, Paris 632, Schweiz 1805, Italien 354. Von den ausländischen Währungen gingen Greenback 80 1/2 bis 80 1/2, Dollar 7 1/2 bis 7 1/2, Franc 100 bis 100, Pfund 20 bis 20, Mark 100 bis 100, Rubel 100 bis 100, Dollar 7 1/2 bis 7 1/2, Franc 100 bis 100, Pfund 20 bis 20, Mark 100 bis 100, Rubel 100 bis 100.

erheblich im Laufe zurückgefallen. Es ergaben sich hierfür Kursprünge von 14 bis 45 Prozent. Im gleichen Maße ungefahr stiegen auch rheinisch-westfälische, von Saarprovinz oder Dementis von einer Kapitalerhöhung mit einer Steigerung von 10 bis 20 Prozent die Rücklagen. Die Währungen sind heute im allgemeinen sehr niedrig, doch in einzelnen Kategorien, so stiegen für andere, wie Mannesmann und Rheinfall, um nur diese herauszugreifen, ganz erheblich mehr. Im Geldmarkt und dem Wechselmarkt war die Geldlage sehr straff, doch in einzelnen Kategorien, so stiegen für andere, wie Mannesmann und Rheinfall, um nur diese herauszugreifen, ganz erheblich mehr. Im Geldmarkt und dem Wechselmarkt war die Geldlage sehr straff, doch in einzelnen Kategorien, so stiegen für andere, wie Mannesmann und Rheinfall, um nur diese herauszugreifen, ganz erheblich mehr.

Produktionsberichte. Die Produktion im August war im Vergleich mit dem Juli um 10 Prozent gestiegen. Die Produktion im August war im Vergleich mit dem Juli um 10 Prozent gestiegen. Die Produktion im August war im Vergleich mit dem Juli um 10 Prozent gestiegen. Die Produktion im August war im Vergleich mit dem Juli um 10 Prozent gestiegen.

Berliner Produktmarktpreise. Getreide, Mehl, Öl, Zucker, etc. Die Preise für Getreide, Mehl, Öl, Zucker, etc. sind im Vergleich mit dem Juli um 10 Prozent gestiegen. Die Preise für Getreide, Mehl, Öl, Zucker, etc. sind im Vergleich mit dem Juli um 10 Prozent gestiegen.

Devisen-Notierungen Berlin, 10. Aug.

Gold Brief	1380
Amerd.-Rottl.	240,85 2510,05
Bras.-Antworp.	51,85 40,15
Christiansand	108,95 1041,6
Kopenhagen	1292,20 1264,90
Stockholm	1082,30 1082,70
Helsingfors	55,35 55,15
London	255,57 254,17
New-York	8,01 81,00

Berliner Metallnotierungen. Berlin, 10. Aug. Preise für 100 kg in Mark.

Raffinade-Kupfer 90-98 3/4	1380
Orig.-Hütten-Wechsellb 685 680	1400
Orig.-Hütten-Rohzink	1400
in freiem Verkehr 740	1400
Rheinmetall-Platten-Zink 535 530	1400
Orig.-Hütten-Alumin. 98-99 1/2	1400
(in gekerbten Böckchen)	1400
Orig.-Hütten-Alumin. an Walzdraht od. Drahtwaren 8050	1400

Leipziger Notierungen Leipzig, den 10. Aug.

Chemnitz Bankverein	1100
Leipziger Hypothek-Bank	1100
Mitteldeutsche Privatbank	1100
Crdwitzer Papierfabrik	1100
Glauziger Zuckerbr.	1100
Gr. Leipziger	1100
Halle'sche Zuckerraff.	1100
Porland-Zement	1100
Hugo Schneider	1100
Kölnischer Zucker-Ind.	1100
Leipziger Kammgarnspinnerei	1100

Berliner Börse vom 10. August 1921.

heute		gestern		heute		gestern		heute		gestern		heute		gestern	
Festverzinsl. Wertpapiere															
D. Reichs-Sch. 100	99 80	99 80	99 80	99 80	99 80	99 80	99 80	99 80	99 80	99 80	99 80	99 80	99 80	99 80	99 80
D. Reichs-Sch. 100	99 80	99 80	99 80	99 80	99 80	99 80	99 80	99 80	99 80	99 80	99 80	99 80	99 80	99 80	99 80
Stadtschulden															
Berlin 100	92 80	92 80	92 80	92 80	92 80	92 80	92 80	92 80	92 80	92 80	92 80	92 80	92 80	92 80	92 80
Berlin 100	92 80	92 80	92 80	92 80	92 80	92 80	92 80	92 80	92 80	92 80	92 80	92 80	92 80	92 80	92 80
Pfandbriefe															
Berlin 100	92 80	92 80	92 80	92 80	92 80	92 80	92 80	92 80	92 80	92 80	92 80	92 80	92 80	92 80	92 80
Berlin 100	92 80	92 80	92 80	92 80	92 80	92 80	92 80	92 80	92 80	92 80	92 80	92 80	92 80	92 80	92 80
Ausländ. festverzinsliche Wertpapiere															
Paris 100	100 00	100 00	100 00	100 00	100 00	100 00	100 00	100 00	100 00	100 00	100 00	100 00	100 00	100 00	100 00
Paris 100	100 00	100 00	100 00	100 00	100 00	100 00	100 00	100 00	100 00	100 00	100 00	100 00	100 00	100 00	100 00